

18. Wahlperiode

## **Antrag**

der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

### **Paul von Hindenburg aus der Ehrenbürgerliste Berlins streichen**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, Paul von Beneckendorff und von Hindenburg, der seine Ehrenbürgerwürde 1933 für seine Verdienste bei der Etablierung der NS-Herrschaft erhielt, aus der Ehrenbürgerliste Berlins zu streichen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 15. Januar 2020 zu berichten.

#### ***Begründung:***

Das Ehrenbürgerrecht ist die bedeutendste Auszeichnung Berlins. Der Senat verleiht es im Einvernehmen mit dem Abgeordnetenhaus an Persönlichkeiten, die sich in hervorragender Weise um die Stadt verdient gemacht haben.

Am 20. April 1933 – dem Geburtstag Adolf Hitlers – wurde die Liste der Berliner Ehrenbürger auf Vorschlag der NSDAP-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung um die Positionen 58 (Paul von Beneckendorff und von Hindenburg) und 59 (Adolf Hitler) erweitert. Beide wurden in Würdigung ihrer „Verdienste um die nationale Wiedergeburt der Stadt Berlin“ zu Ehrenbürgern der Reichshauptstadt.

Am 30. Januar 1933 hatte Hindenburg Hitler zum Reichskanzler ernannt. Neuere geschichtswissenschaftliche Forschungen belegen, dass Hindenburg dabei im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte war. „Hinter Hitlers Ernennung steckte“ – wie sein Biograph Wolfram Pyta es formuliert – „eine rationale Entscheidung Hindenburgs. Er sah die Chance statt einer allein auf die

präsidiale Macht gestützten autoritären Regierung seine Vision von der ‚Volksgemeinschaft‘ zu verwirklichen.“

In der Folgezeit unterschrieb Hindenburg die Notverordnungen und Gesetze, die den Reichstag entmachteten, die Grundrechte aufhoben und der neuen Regierung neue Machtmittel in die Hand gaben.

Hitler wurde die Berliner Ehrenbürgerschaft am 16. Dezember 1948 aberkannt.

Zahlreiche andere Städte und Kommunen in Deutschland, z.B. Dortmund, Kiel, Köln, Leipzig, München und Stuttgart, haben mittlerweile auch Hindenburg die Ehrenbürgerschaft wieder aberkannt.

Berlin, den 22. Oktober 2019

Saleh            Dr. Kitschun  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
der SPD

Bluhm            U. Wolf            Kittler  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
Die Linke

Kapek            Gebel            Tomiak            Wesener  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen